

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen: Tourismus als treibende Kraft](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Schwerpunkte der Plenartagung vom 12.-15. Dezember 2016 in Straßburg](#) 3
- [Bildung für Kinder in Krisengebieten: EU-UNICEF #EmergencyLessons Kampagne](#) 3

Rat der EU

- [Investitionsoffensive für Europa: Rat vereinbart Verlängerung der Laufzeit des EFSI](#) 4
- [NEC-Richtlinie: Rat stimmt für nationale Emissionsgrenzen](#) 4
- [Energieabkommen mit Drittstaaten: Einigung auf Vorab-Prüfung](#) 5

Europäische Kommission

- [Europäisches Solidaritätskorps: Freiwilligendienst auf EU-Ebene](#) 5
- [Fitness-Check: EU-Kommission für bessere Umsetzung der FFH- und Vogelschutz-RL](#) 6
- [Sicherheitsunion: Aktionsplan für wirksameres Vorgehen gegen Reisedokumentenbetrug](#) 6
- [Kommission berichtet über die im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda erzielten Fortschritte](#) 7
- [EU-Abkommen mit Mali zur Flüchtlingsrückkehr](#) 7

Sonstiges

- [Wasserverunreinigung durch Arzneimittelrückstände](#) 8
- [Sacharow-Preisträgerin Lamiya Aji Bashar in Wien](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 10

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 11

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen: Tourismus als treibende Kraft

Am 7. und 8. Dezember 2016 trafen sich die Mitglieder des Ausschusses der Regionen (AdR) zur 120. Plenartagung in Brüssel. Dabei wurden zwölf Stellungnahmen angenommen, darunter auch zum Thema „Tourismus als treibende Kraft für die regionale Zusammenarbeit in der EU“, berichtet von Hans-Peter Wagner, Bürgermeister von Breitenwang.



In dem Entwurf wird unter anderem die Notwendigkeit der Überarbeitung der Tourismusstrategie 2010 durch die Europäische Kommission hervorgehoben. Zudem wird gefordert, dass alle makroregionalen Strategien, darunter auch die EUSALP, um ein Tourismuskapitel ergänzt werden. Aber auch die Regionen und Städte selbst sollen Programme für den Tourismus erarbeiten, die mit den europäischen und makroregionalen Strategien übereinstimmen. Weitere wichtige Punkte der Stellungnahme sind die Gründung branchenübergreifender lokaler Plattformen (z.B. durch Verknüpfung von Tourismus und Landwirtschaft) und die Ausarbeitung grenzüberschreitender Tourismuskonzepte (z.B. Verkehrs- oder Marketingkonzepte). Dadurch soll den KMUs der Zugang zu Informationen und Know-how nach dem Vorbild der Regionalentwicklung (wie bspw. „theALPS“) erleichtert werden.

Des Weiteren sollen Anreize geschaffen werden, um Europa für TouristInnen attraktiver zu machen. Diesbezüglich schlägt der AdR eine kostenlose „European Citizen Travel Card“ vor. Damit sollen

den EU-BürgerInnen, die in der EU reisen, vergünstigte Preise in öffentlichen Verkehrsmitteln, Museen etc. angeboten werden. Außerdem wird auf die gesetzlichen und administrativen Belastungen und Behinderungen in der Tourismusbranche hingewiesen. Der Europäischen Kommission wird daher empfohlen, einige Richtlinien zu überarbeiten. Hierzu zählen beispielsweise die Lockerung der Informationspflichten der Verbraucherrechte-Richtlinie und der Lebensmittelinformationsverordnung im Gastgewerbe sowie die Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie.

Wagner betonte in einer Rede zum Thema Tourismus in Brüssel, dass der Tourismus für viele Regionen und Städte ein Schlüsselsektor für wirtschaftliche und soziale Stabilität sei. Die Branche erwirtschaftet über zehn Prozent des BIPs der EU und hat einen Anteil von zwölf Prozent an der Gesamtbeschäftigung. In Tirol wird jeder dritte Euro direkt oder indirekt in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft verdient.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Schwerpunkte der Plenartagung vom 12.-15. Dezember 2016 in Straßburg

Vom 12. bis 15. Dezember 2016 treffen sich die EU-Abgeordneten in Straßburg zur Plenartagung des Europäischen Parlaments. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Energieunion, das vierte Eisenbahnpaket sowie die Debatte zum nächsten EU-Gipfel.

Am Dienstagmorgen führten die Abgeordneten die erste Debatte zum Paket „Saubere Energie“ mit EU-Kommissar Maros Sefcovic. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des sog. „Winterpakets“ sollen den Übergang zu sauberer Energie für alle EuropäerInnen gewährleisten. In Vorbereitung auf das Treffen des Europäischen Rates am 15. Dezember 2016 halten die Abgeordneten am Mittwoch eine Debatte zu den vorrangigen EU-politischen Themen Migration,

Sicherheit, Wirtschaft, Jugend und auswärtige Beziehungen mit VertreterInnen von Rat und EU-Kommission ab. Des Weiteren wird das Parlament über einen besseren Marktzugang beim inländischen Schienenpersonenverkehr abstimmen. Es geht um die sogenannte Marktsäule des vierten Eisenbahnpakets, das den Bahnreisen in Europa neuen Schub geben soll.

[Mehr Informationen](#)

Bildung für Kinder in Krisengebieten: EU-UNICEF #EmergencyLessons Kampagne

Die EU-UNICEF Kampagne #EmergencyLessons macht auf die Bedeutung von Bildung aufmerksam und zeigt die persönlichen Geschichten von Kindern aus Krisengebieten. Am 6. Dezember 2016 kamen Kinder, LehrerInnen und Freiwillige aus aller Welt im Parlament zusammen, um auf das Thema hinzuweisen.

Die EmergencyLessons Kampagne fokussiert auf hautnahe und reale Erfahrungen von Schulkindern aus Krisenländern, wie zum Beispiel Guinea, dem Irak, Nepal und der Ukraine. Die persönlichen Geschichten dieser Kinder machen deutlich, wie gefährlich ein Schulalltag in manchen Ländern aussehen kann, aber auch wie wichtig die weltweite Förderung von Bildung für Kinder ist. Diese Geschichten werden via Social Media mit dem Hashtag #EmergencyLessons geteilt. Dadurch

soll es zu Verständnis und Bewusstseinsbildung von jungen EuropäerInnen kommen.



[Mehr Informationen](#)



Rat der EU

Investitionsoffensive für Europa: Rat vereinbart Verlängerung der Laufzeit des EFSI

Am 6. Dezember 2016 stimmten die FinanzministerInnen der EU-Mitgliedstaaten für eine Ausweitung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Das Kernprojekt von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker soll bis 2020 laufen und 500 Mrd. € freisetzen.

Der vereinbarte Kompromiss beinhaltet sowohl eine Verlängerung der Laufzeit des EFSI bis 2020 als auch eine Stärkung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Mit weiteren 10 Mrd. € aus dem Gemeinschaftsbudget und 7,5 Mrd. € von der EIB sollen nun Gesamtinvestitionen von mehr als 500 Mrd. € angestoßen werden. Jean-Claude Juncker hatte eine Verdoppelung des Fonds auf 630 Mrd. € gefordert. Die MinisterInnen verweigerten jedoch die nötige nationale Finanzierungsbeitragung. Der vor zwei Jahren vereinbarte Fonds soll mithilfe der Europäischen

Investitionsbank (EIB) Projekte in den Mitgliedsländern fördern und so die Wirtschaft in der EU in Schwung bringen. Mit Ausnahme Zyperns sind die Gelder in allen anderen 27 Staaten der Europäischen Union genützt worden. Bis Mitte November 2016 sind laut Kommission im EFSI-Rahmen 151 Infrastrukturprojekte und 234 Finanzierungsarrangements für KMU genehmigt worden.

[Mehr Informationen](#)

NEC-Richtlinie: Rat stimmt für nationale Emissionsgrenzen

Am 8. Dezember 2016 stimmte der Ministerrat für die Annahme des im Juli 2016 ausgehandelten Kompromisses für eine Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie).

Die neue Regelung sieht nationale Grenzwerte für verschiedene Schadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen, Ammoniak und Feinstaub für den Zeitraum von 2020-2029 und ab 2030 vor. Der Rat erwartet ein Inkrafttreten der Richtlinie bis 31. Dezember 2016. Die Mitgliedstaaten haben dann 18 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die Luftreinhalteprogramme sind binnen 27 Monaten nach dem Inkrafttreten an die

Kommission zu übermitteln. Ziel der Richtlinie ist die Verringerung der durch die Luftverschmutzung verursachten Gesundheitsrisiken und Umweltauswirkungen. Es sei darauf hingewiesen, dass das sektorale LKW-Fahrverbot auf der Tiroler Inntalautobahn als Rechtsgrundlage die Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte hat.

[Mehr Informationen](#)



Rat der EU

Energieabkommen mit Drittstaaten: Einigung auf Vorab-Prüfung

Das Europäische Parlament, der Rat der EU und die Europäische Kommission haben sich am 7. Dezember 2016 darauf geeinigt, dass EU-Staaten ihre Abkommen mit Drittstaaten über Öl- und Gaslieferungen künftig der Europäischen Kommission zur Prüfung vorlegen müssen, bevor sie unterschrieben werden.

Es soll eine verpflichtende Vorab (ex-ante) Prüfung zwischenstaatlicher Abkommen mit Drittstaaten über Öl- und Gaslieferungen durch die Europäische Kommission eingeführt werden. Die Mitgliedstaaten müssten künftig noch vor Abkommensunterzeichnung der Stellungnahme der Kommission vollständig Rechnung tragen. Für zwischenstaatliche Abkommen im Bereich Strom wird es eine verpflichtende ex-post Überprüfung geben, mit der Möglichkeit, dies künftig in eine

Vorab-Prüfung zu ändern. Kernziel der neuen Regeln ist es, die Transparenz auf dem Gasmarkt zu steigern und sicherzustellen, dass die Abkommen dem EU-Recht entsprechen und zur Versorgungssicherheit der EU beitragen. Die Kommission hatte den Vorschlag dazu im Februar dieses Jahres vorgelegt.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission

Europäisches Solidaritätskorps: Freiwilligendienst auf EU-Ebene

Am 7. Dezember 2016 startete die EU-Kommission das Europäische Solidaritätskorps. Die neue Initiative schafft Möglichkeiten für junge Menschen, an Freiwilligenprojekten oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen, die Gemeinschaften und Menschen in ganz Europa zugutekommen.

Das Europäische Solidaritätskorps soll jungen EuropäerInnen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit bieten, zwei bis zwölf Monate Freiwilligendienst zu leisten, ein Praktikum oder eine Ausbildung zu absolvieren bzw. eine projektbezogene Anstellung anzutreten. Für die jungen Menschen sollen dabei Erfahrungsgewinn, Kompetenzen und solidarische Hilfe mit Bedürftigen im Vordergrund stehen. Die

Mitglieder des Europäischen Solidaritätskorps werden an nichtstaatliche Organisationen, lokale und nationale Behörden oder Privatunternehmen vermittelt, die bei ihren Tätigkeiten Unterstützung benötigen. Die ersten Einsätze sollen 2017 starten.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Fitness-Check: EU-Kommission für bessere Umsetzung der FFH- und Vogelschutz-RL

Die EU-Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans und Jyrki Katainen sowie EU-Umweltkommissar Karmenu Vella präsentierten am 7. Dezember 2016 die Resultate einer umfassenden Evaluierung zur europäischen Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie.

Seit September 2014 wurden die Flora-, Fauna-, Habitat-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie im Rahmen des REFIT-Prozesses einem Fitness-Check unterzogen. Im Rahmen der Evaluierung konnten verschiedene Probleme aufgezeigt werden, unter anderem auch auf lokaler Ebene. Hier wurden beispielsweise Verzögerungen und unnötiger Aufwand bei der Erteilung von Projektgenehmigungen sowie unterschiedliche Ansätze bei der Regulierung einiger Arten

festgestellt. Herausforderungen gibt es zudem bei der Umsetzung durch mangelnde Investitionen europäischer Naturschutzgebiete in das Natura-2000 Netzwerk. Die Kommission wird einen Aktionsplan zur besseren Umsetzung der beiden Richtlinien erstellen und Behörden auf allen Ebenen einbinden.

[Mehr Informationen](#)

Sicherheitsunion: Aktionsplan für wirksameres Vorgehen gegen Reisedokumentenbetrug

Die Kommission nahm am 8. Dezember 2016 einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen zum besseren Schutz von Reisedokumenten an. Der Aktionsplan enthält klare Empfehlungen für die Mitgliedstaaten, wie gegen Reisedokumentenbetrug vorzugehen ist, sowie ein umfassendes Paket von Maßnahmen, die die Kommission ergreifen muss.

Gegenstand des Aktionsplans sind Reisedokumente, die EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörigen in EU-Mitgliedstaaten ausgestellt und für die Identifizierung und den Grenzübertritt verwendet werden. Die Mitgliedstaaten tragen weiterhin in vollem Umfang die Verantwortung für die Ausstellung der Dokumente. Allerdings werden die Sicherheitsstandards für die von den Mitgliedstaaten ausgestellten Reisedokumente sowie die

Anforderungen an Grenzkontrollen auf EU-Ebene festgelegt. Konkret fordert die Kommission die EU-Mitgliedsstaaten unter anderem auf, bei der Ausstellung von Reisedokumenten künftig stärker die Echtheit der Ausgangsdokumente wie Geburtsurkunden oder Einwohnerverzeichnisse zu untersuchen. Zudem soll die Kontrolle der Reisedokumente selbst verbessert werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission berichtet über die im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda erzielten Fortschritte

Die Kommission berichtete am 8. Dezember 2016 über die Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung EU-Türkei und der EU-Umverteilungs- und Neuansiedlungsregelungen. Des Weiteren nahm sie die vierte Empfehlung zum Asylsystem in Griechenland an.

Trotz der vielen Herausforderungen wurden Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung EU-Türkei bestätigt. Seit dem dritten Bericht im September sind laut EU-Kommission weitere 170 Flüchtlinge zurück in die Türkei gebracht worden; insgesamt wurden bislang 1.187 Menschen auf Grundlage der Erklärung rückgeführt. Es bestehen aber noch immer erhebliche Unzulänglichkeiten. Rücküberstellungen aus Griechenland in die Türkei kommen weiterhin zu langsam voran. Eine positive Entwicklung kann die EU bei der geplanten Umsiedlung von Flüchtlingen vorweisen. Im November 2016 wurden

insgesamt 1.406 umgesiedelt. In keinem Monat zuvor war die Zahl so hoch, meldet die Kommission. Insgesamt wurden bislang 8.162 Menschen aus Griechenland und Italien umgesiedelt. Des Weiteren empfiehlt die Kommission eine schrittweise Wiederaufnahme der Überstellungen nach Griechenland ab März 2017. Die Überstellungen sollen aber nicht rückwirkend wieder aufgenommen werden und gelten nur für eine bestimmte Gruppe von MigrantInnen.

[Mehr Informationen](#)

EU-Abkommen mit Mali zur Flüchtlingsrückkehr

Die EU hat am 11. Dezember 2016 ein Abkommen mit Mali unterzeichnet, um die Rückkehr von Flüchtlingen in das afrikanische Land zu beschleunigen, deren Asylbegehren in Europa abgelehnt wurden. Nach Auskunft des niederländischen Außenministeriums ist es das erste Mal, dass die EU derart detaillierte Vereinbarungen mit einem afrikanischen Land trifft.

Das Abkommen soll die Ursachen von Flucht bekämpfen und die Rückkehr von Flüchtlingen nach Mali ermöglichen. Konkret sollen die Sicherheitskräfte in Mali verstärkt und jungen Leuten bei der Arbeitssuche geholfen werden. Im Gegenzug verpflichtet sich Mali unter anderem, verstärkt gegen Schleuser vorzugehen. Neben Mali sollen Rückführungsabkommen mit Senegal, Niger, Nigeria und Äthiopien geschlossen werden. Damit will die EU sicherstellen, dass

MigrantInnen ohne Bleiberecht in der Union bei einer Abschiebung von ihren Heimatländern wieder aufgenommen werden. Das Abkommen soll am 19. Dezember 2016 in Brüssel vorgestellt werden. Dort beraten die EU-AußenministerInnen über die weitere Zusammenarbeit mit Afrika.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Wasserverunreinigung durch Arzneimittelrückstände

Am 8. Dezember 2016 fand in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg eine Veranstaltung zum Thema „Arzneimittel im Wasser“ statt. Das Diskussionspanel setzte sich aus VertreterInnen der Umweltpolitik zusammen, darunter Helen Clayton, GD Umwelt und MEP Norbert Lins sowie Franz Untersteller, Umweltminister des Landes Baden-Württemberg.



Die Arbeitsgruppe der GD Umwelt (Working Group on Chemicals) arbeitet an einem strategischen Konzept zum Thema Arzneimittel, das vermutlich nächstes Jahr veröffentlicht werde, so Clayton. Des Weiteren werden die Wasserrahmenrichtlinie im Jahr 2019 einer

Revision unterzogen, Standards zur Wasserwiederverwendung ausgearbeitet und eine Strategie zum Thema Mikroplastik entwickelt. Es dürfe jedoch nicht nur auf entsprechende europäische Reaktionen gewartet, sondern müssen auch regionale Maßnahmen gesetzt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Bewusstseinsbildung. Die KonsumentInnen müssen über die richtige Verwendung und Entsorgung der Spurenstoffe aufgeklärt und informiert werden, so Untersteller.

[Mehr Informationen](#)

Sacharow-Preisträgerin Lamiya Aji Bashar in Wien

Das Schicksal der Jesiden und das Schicksal aller von IS-Soldaten ermordeten und versklavten Menschen darf nicht dem Zufall überlassen werden. Das war die wesentliche Botschaft, mit der sich die Sacharow-Preisträgerin Lamiya Aji Bashar vergangene Woche an Besucher des Festivals „this human world“ gewandt hat.

Im Rahmen des Filmfestivals für Menschenrechte „this human world“ teilte die Menschenrechtsaktivistin Lamiya Aji Bashar ihre Geschichte über die Gefangenschaft in den Händen des „IS“ und ihre Flucht mit dem Publikum. Auch in einem Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Christian Kern, sprach sie sich für eine Aufnahme von Flüchtlingen, besonders der jesidischen Minderheit, aus. Lamiya Aji Bashar ist ein Sprachrohr für die Opfer der systematischen sexuellen Gewalt durch den IS und macht auf die Not der JesidInnen, eine vom IS mit Gewalt verfolgte Minderheit im Irak, aufmerksam.



[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits](#) 08.12.2016 – 03.03.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen](#) 08.12.2016 – 10.03.2017

[Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern](#) 30.11.2016 – 08.03.2017

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“](#) 28.11.2016 – 27.02.2017

[Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren](#) 25.11.2016 – 25.02.2017

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung des Katastrophenschutzverfahrens der Union](#) 24.11.2016 – 23.02.2017

[Offene öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms \(2014-2020\)](#) 23.11.2016 – 23.02.2017

[Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien](#) 21.11.2016 – 22.02.2017

[Öffentliche Konsultation – Verbrauchsteuern auf Tabakwaren](#) 17.11.2016 – 16.02.2017

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#) 10.11.2016 – 16.02.2017

[Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union](#) 28.10.2016 – 27.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT](#) 28.10.2016 – 28.01.2017

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#) 28.10.2016 – 23.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#) 21.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#) 12.10.2016 – 11.01.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#) 07.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#) 07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#) 30.09.2016 – 15.01.2017

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung und Innovation			
Smart City, nachhaltige Urbanisierung	CALL: SMART AND SUSTAINABLE CITIES	06/09/2016 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 14/02/2017	€ 120.000.000
Benutzerfreundliche Dateninfrastruktur, Innovation, ICT, High Performance Computing (HPC), PPP Public Private Partnership	EINFRA: E-INFRASTRUCTURES*	20/09/2016 - 29/03/2017	€ 122.000.000
Technologische Entwicklung, Investitionen in der Frühphase, Neue und künftige Technologien	FET-OPEN – NOVEL IDEAS FOR RADICALLY NEW TECHNOLOGIES*	29/09/2016 - 17/01/2017 - 27/09/2017	€ 202.000.000
Niedrig Emission Wirtschaft, Medizin, Nanobiomedizinische Ökosysteme, Bewahrung von kulturellem Erbe	CALL FOR NANOTECHNOLOGIES, ADVANCED MATERIALS, BIOTECHNOLOGY AND PRODUCTION*	27/10/2016 - 04/05/2017 - 19/01/2017	€ 103.000.000
ICT, Internet, Big Data, PPP, neue Technologien, Datenbank, Softwareentwicklung, digitale Dienstleistungen	INFORMATION AND COMMUNICATION TECHNOLOGIES CALL	08/11/2016 - 25/04/2017	€ 979.200.000
Grenzen der Innovation, Marktgängigkeit, gesellschaftliche Auswirkung, vortreffliche Forschung	CALL FOR PROPOSALS FOR ERC PROOF OF CONCEPT GRANT	19/01/2017 - 27/04/2017 - 05/09/2017	€ 150.000
Neue und künftige Technologien, Quantentechnologie	FET PROACTIVE – BOOSTING EMERGING TECHNOLOGIES	24/01/2017	€ 140.000.000
ICT, Einzelpersonen, Gesellschaft, Umwelt, Sozialwissenschaften, Innovation, Inklusion	Boosting inclusiveness of ICT-enabled research and innovation	02/02/2017	€ 3.000.000
Internet der Dinge, digitale Wirtschaft, IT Dienste, Sicherheit, Privacy	EU-BRAZIL JOINT CALL*	14/03/2017	€ 6.500.000
Zugang zu Forschungsinfrastruktur, gemeinsame Entwicklung, Zusammenarbeit, Innovation	CALL: INTEGRATING AND OPENING RESEARCH INFRASTRUCTURES OF EUROPEAN INTEREST	29/03/2017	€ 200.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michaela Moosbrugger

Abbildungsverzeichnis

<http://www.tt.com/politik/landespolitik/12084707-91/wagner-fordert-in-br%C3%BCssel-mehr-hilfe-f%C3%BCr-touristiker.csp>

<https://www.linkedin.com/company/european-committee-of-the-regions>

<http://www.apa-fotoservice.at/galerie/8522>

http://ec.europa.eu/echo/resources-campaigns/campaigns/emergencylessons_en